

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Samstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedhofstraße 30. Zwei-Schichtbetrieb in Dettlich (Otto Stenne), Marktstraße 9 und Ettville (B. Fobius Witten, Ecke Gärtenberg- und Tannenstraße). Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Gensche; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eichenroth; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 8 — 1920

10
Januar

Bezugspreis für das Vierteljahr 6.00 Mk., für den Monat 2.20 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 6.40 Mk., monatlich 2.30 Mk. ohne Postgebühr. — Anzeigenpreis: 60 Pfg. für die kleine Zeile, für ausserordentliche, amtliche und Finanz-Anzeigen 80 Pfg. — Kleinanzeigen 2.00 Mk.; bei Wiederholungen nach Abmachung. — Schlag der Anzeigen: Anzeigen für größere Anzeigen Vorabend 4 Uhr, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. — Postfach: Konto: Nr. 1632 Frankfurt a. M. und Nr. 90,723 Köln a. Rh.

38. Jahrgang

Bekanntmachung

Die französische Behörde teilt den Schülern der französischen Kurse mit, daß dieselben am Dienstag, den 13. Januar, wieder beginnen. Infolge des Kohlemangels hat der Magistrat beschlossen, die Schulen nur an 4 Tagen wöchentlich zu öffnen und zwar: **Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag.** Die französischen Kurse finden also an diesen Tagen statt, die Unterrichtsstunden von Montag werden wie folgt verlegt:

Stunden am Montag:	verlegt auf:
4.30—5.30	Dienstag 4.30—5.30
5.30—6.30	Mittwoch 4.30—5.30
6.30—7.30	Donnerstag 4.30—5.30
7.30—8.30	Freitag 4.30—5.30

L'Administrateur de Wiesbaden
Commandant Toussain.

Friede

* Heute, am Samstag, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr, sollen die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden. Damit wäre der Friedenszustand zwischen Deutschland und den alliierten Ländern wieder hergestellt. Die diplomatischen Beziehungen können wieder aufgenommen werden, dem Handel sind nun keine politischen Schranken mehr gesetzt. Wir treten wieder in die Welt ein, wenn wir vorläufig auch keinen bedeutsamen Einfluß ausüben werden. Eine geschlagene Nation, die zudem durch innere Unruhen hart zerrüttet wurde, muß sich erst sammeln, muß erst arbeiten, ehe sie wieder zur Geltung kommt. Wenn auch mancher bei der Vorstellung, daß nun wirklich der Friede da ist, seine freudigen Regungen verliert, daß ganze Volk begrüßt den Eintritt des Friedens vornehmlich um bedauern, weil nun unsere Gefangenen zurückschicken werden. Im Ganzen befinden sich rund 450.000 Kriegsgefangene auf französischem Boden, fast ein Vierteljahr wird vergehen, ehe diese Gefangenen reiflos der deutschen Heimat wiedergegeben sind. Für unsere wirtschaftliche Lage wird sich der Eintritt des Friedenszustandes kaum bemerkbar machen, weil unser innerer Markt so zerrüttet ist, daß uns die Freiheit in Handel und Wandel nicht nützt. Unberechenbar ist weiterhin die ungewisse Zukunft. Wir wissen nämlich immer noch nicht, welche Verpflichtungen uns auferlegt sind. Bekanntlich sollen die finanziellen Entschädigungen Deutschlands erst in einer späteren Zeit fixiert werden. Infolgedessen ist heute für uns eine klare Rechnungslage unmöglich. Was wir nur bedauern können, denn solange wir nicht erfahren, was wir zu bezahlen haben, solange ist die Auszahlung eines Entschädigungsbetrags nicht über der Wiederaufbau. Hätten wir dagegen die Summe aller Verpflichtungen vor uns, dann müßten der Einzelne wie die Gesamtheit, welche Leistungen sie zu vollbringen haben. Infolgedessen wird es die Aufgabe unserer Regierung sein, nun sofort bei den Verbandsmächten darauf zu drängen, daß unsere Verpflichtungen genau umschrieben werden. Haben wir drängen haben ein Interesse daran, wirklich einen vollen Entschädigungsbetrag zu erhalten. Infolgedessen muß auch schließlich ein Uebereinkommen gefunden werden. Je schneller das geschieht, umso besser für uns, umso besser für die Entente, welche ebenfalls ein Interesse an der Herstellung d. s. vollen Friedenszustandes hat. Es bleiben ja noch mancherlei Fragen, die ohne Aufregungen und ohne Reibungen sowieso nicht gelöst werden können. Ein Krieg von diesem Umfang und diesen Folgen kann eben nicht von heute auf morgen liquidiert werden.

Die Hoffen des Krieges werden sich jetzt erst bemerkbar machen. Bisher haben wir ja von den Wirkungen des Friedensvertrages kaum etwas verspürt. Gewiß, zählen wir schon eine künftige Reihe von Milliarden an die Entente aus, aber davon zählt das deutsche Volk nichts, weil wir unsere sämtlichen Auslandsguthaben abgeben. Die Auslandsdeutschen müßten ihr Vermögen dem Deutschen Reich geben, dieses gab die Guthaben der Entente. Als Entschädigung erhielten die Auslandsdeutschen das Vierfache. Für die nächsten Jahrzehnte wird naturgemäß diese Transaktion gerade zu verhängnisvoll sein. Denn nun haben wir ja keine Mittel mehr, um den Handel im Ausland wieder aufnehmen zu können. Bei dem Fehlen von Kapital und der schlechten Währung werden aber Jahrzehnte darüber vergehen, ehe wir an den wichtigsten Handelspunkten der Welt festen Fuß gefaßt haben. Und dabei ist das nur ein kleiner Ausschnitt. Wir müssen noch Frankreich und Belgien wieder aufbauen, wir müssen unsere eigene Wirtschaft in Ordnung bringen. Und dann denke man an die ungeheuren Steuerlasten, die wir haben. Bisher kaum Steuern gehabt, wenn wir welche bezahlen, so hatte und vorher der Staat reichlich mit Papiergeld bezahlt. Die Papierdrücke muß aber einmal und zwar möglichst bald stillgelegt werden, wir müssen unseren Staat, der eine Steuerlast von mindestens 25 Milliarden vorstellt, balancieren. Jetzt mit dem Eintritt des Friedenszustandes, kommen wir ohne unheilvolle Verhältnisse nicht mehr aus. Der deutsche Bürger wird zahlen und wieder zahlen. Ob die bereits bewilligten oder projektierten Steuern hinreichen, steht sehr dahin. Tausend wir doch völlig im Dunkeln, denn wir sind nur auf Schätzungen angewiesen. Wenn es nun

auch gelingen wird, mit neuen und anderen Steuern die Fehlbeträge zu decken, so bleiben leider die steigenden Ausgaben. Immerhin ist jetzt der Augenblick gekommen, kritisch den Staat nach der Ausgaben Seite zu prüfen. Bislang erleben wir eine beispiellose Verschwendung des Staatsvermögens. Die Massen haben dagegen nicht opponiert, weil sie sich der Tragweite nicht bewußt waren. Dieses Bewußtsein wird eintreten, sobald erst einmal die Steuern voll wirksam werden. Das wichtigste aber ist die erheblich gesteigerte Besteuerung von wirtschaftlichen Werten. Alle Steuern sind flüssig, wenn das Einkommen nicht durch Arbeit gewaltig vermehrt wird. Jetzt oder nie ist der Augenblick gekommen, um der Verschwendung ein Ziel zu setzen und der produktiven Arbeit eine Gasse zu bahnen.

Sein Schicksal schafft sich selbst der Mensch! Verlassen wir uns auf uns selbst, nicht auf die anderen. Maurice Barres sagt es uns: „Deutschland hat nach den jüngsten französischen Wahlen nichts mehr zu hoffen.“ Eine Revision des Friedensvertrages sei ausgeschlossen. Es wäre auch völlig verfehlt, von außen die Rettung zu erwarten. Gefährliche Illusionen haben wir genug und übergenug. Wenn dennoch eine Revision eintreten sollte, um so besser. Als letzten Winken dürfen wir jedenfalls die Revision nicht in unsere Bilanz einstellen. Gewiß, der Austausch der Ratifikationsurkunden und damit die Inkraftsetzung des Friedens, bürden uns ungeheure Lasten auf. Aber wir haben unterschrieben, nun müssen wir sorgen, daß durch die Erfüllung der Verpflichtungen weitere Konsequenzen unterbleiben. Als Nation und Staat bleiben wir trotz der harten Bedingungen bestehen, wenn wir uns nicht selbst aufgeben. Friede! Wir hatten es uns anders gedacht, als wir während des Krieges vom Frieden und seinen Segnungen träumten. Aber unsere Träume waren Schäume. Nun gilt es, nicht weiter zu träumen, sondern beherzt der Not ins Auge zu sehen und die Tat zu vollbringen. Dann wird trotz allem mit dem Austausch der Urkunden ein neuer Aufbruch beginnen. Die Generation von heute muß arbeiten und kämpfen für eine schönere Zukunft, für eine Zeit, die uns bis zur Beginn des Krieges befehlen war.

Die neuen Steuern

Berlin, 10. Jan. Die „Post. Ztg.“ veröffentlicht die Grundzüge der Gesetzesentwürfe über die Uebertragungssteuern und die Besteuerung des außerordentlichen Verbrauchs. Nach dem ersten ist steuerbar der Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist, und der Teil des Einkommens oder des Vermögens, der zum außerordentlichen Verbrauch bestimmt ist. Steuerpflichtig ist der den Betrag von 1000 Mark übersteigende Teil des Einkommens, der nicht verbraucht ist. Der steuerfreie Teil erhöht sich für die erste zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 Mark, jede weitere Person um 300 Mark. Die Ergänzungsteuer beträgt für die ersten 1000 Mark 1 vom Hundert, für die vollen 20000 Mark 2 vom Hundert, für 30000 Mark 3 v. H. und steigt entsprechend bis für die Beträge von 100.000 Mark auf 10 v. H. Als außerordentlicher Verbrauch für die Besteuerung gilt der Unterschied zwischen dem Gesamtverbrauch und dem Betrag, der als Anwendung zum außerordentlichen Verbrauch anzusehen ist. Gesamtverbrauch sind das gesamte veranlagte Einkommen und alles, was an dem Vermögen veräußert oder zu Schenkungen und sonstigem unentgeltlichen Vermögen übergeben oder zur Anschaffung von Gegenständen entnommen ist, die für die Ergänzungsteuer nicht berücksichtigt werden. Als Aufwendungen für den außerordentlichen Verbrauch gilt der Betrag von 15.000 Mark, der sich für die erste zum Haushalt zählende Person um 5000 Mark, um jede weitere um 2500 Mark erhöht, ferner 10 v. H. des veranlagten Einkommens und ferner für Beträge, die zur Deckung für die ersten 10.000 Mark 3 v. H., für die nächsten 20.000 Mark 6 v. H., für die nächsten 30.000 Mark 9 v. H. betragen und steigt weiter bis für Beträge für 100.000 Mark auf 10 v. H. Das Reichseinkommensteuergesetz soll ergänzt werden durch das Körperschaftsteuergesetz, das die Einkommensteuer der juristischen Personen regeln sollte.

Die Eisenbahnerbewegung

Mz. Frankfurt a. M., 10. Jan. Wie der Präsident der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M., Dr. Stapf, amtlich mitteilt, ist den Beschäftigten in Frankfurt a. M. und Nied. am 10. Jan. bekannt gegeben worden, daß der Stundenlohn für den gelehrten Arbeiter künftig 3.50 Mark betragen soll. Es besteht hiernach auch kein Zweifel, daß die Löhne der übrigen Arbeiter im Gesamttrahnen des abzuführenden Tarifvertrages ebenfalls entsprechende erhebliche Erhöhungen erfahren werden. Auch den Beamten will die Regierung in weitgehendem Umfang entgegenkommen. Man sieht sich im Reichsministerium für eine sehr wesentliche Erhöhung der Teneurzulagen mit allem Nachdruck ein. Die Erhöhung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als 100 Prozent betragen. Ein Beschluß des Staatsministeriums ist in Kürze zu erwarten. — Nachdem die Regierung in so weitgehendem Maße den festen Willen bekundet hat, der Arbeitern und Beamten wirksam zu helfen, muß andererseits nunmehr von allen Eisenbahnern nachdrück-

lich gefordert werden, daß auch sie ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Umfange tun.

Mz. Köln, 10. Jan. Die Eisenbahndirektion Köln teilt mit, daß man im hiesigen Gebiet keine wesentliche Störung im Eisenbahnverkehr erwartet. Die bewilligten Lohnforderungen wurden allen Arbeitern telegraphisch bekanntgegeben. Es werde sich also herausstellen, ob wirklich nur Lohnforderungen Anlaß der Bewegung sind. Für den Stadtbereich Köln wurde den Eisenbahnarbeitern ein Stundenlohn von 3.50 Mark gewährt.

Mz. Düsseldorf, 10. Jan. Der Schnellzugverkehr Berlin-Köln wird bisher durch Umleitung der Züge durch das besetzte Gebiet teilweise aufrechterhalten, jedoch noch Verbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland bestehen. Jede Verbindung Düsseldorf, wo der Eisenbahnverkehr völlig ruht, mit dem Industriegebiet war gestern unterbrochen. Die Lebensmittelversorgung Düsseldorf ist bei längerem Anhalten des Streiks bedroht.

Mz. Essen, 10. Jan. Der Ausbruch der Eisenbahner im hiesigen Bezirk scheint sich weiter aus. Auf dem Bahnhof Mülheim a. d. Ruhr wird teilweise gestreikt, jedoch ist der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt. Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Betrieb wird notwendig ausrechterhalten; auf der Strecke Dortmund-Elm-Samm. Infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk ist der Zugverkehr zwischen Elberfeld und Dagen völlig unterbrochen.

Mz. Dortmund, 10. Jan. Hier verschärft sich die Lage im Eisenbahnerstreik. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnverwaltungen, etwa 3000, streiken. Auch auf der Güterabfertigung des Hauptbahnhofs sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Güterverkehr kann nur in ganz geringem Umfang aufrecht erhalten werden. Der Bahnverkehr erlitt bis jetzt nur wenig Einschränkungen.

Die Schulden des Reiches

Die Anleihebendachfrist 1919 für das Reich ist soeben vom Reichsfinanzminister veröffentlicht worden. Der Gesamtbetrag der Anleihebendachfrist belief sich nach der Statistik 1918 auf 141.497.000.000 M. Er betrug 1919 auf 178.329.000.000 M. Am 30. September 1919 betrug das gesamte auf Grund dieses Anleihebendachfrist beschriebene Schuldkapital 1684.982.500.000 M. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 79.528.000.000 M. waren am 30. September 1919 nur 19.070.000.000 M. gleich 24 v. H. in das Reichsschuldenbuch eingetragen.

Milderung der Zwangswirtschaft

Demnächst werden im Reichswirtschaftsministerium geplante Befreiungen mit Vertretern der Landwirtschaft stattfinden, in welchen die in einer Zeitschrift des Reichsausschusses für Landwirtschaft niedergelegten Wünsche betreffend den Abbau der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse erörtert werden sollen. Das Reichswirtschaftsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine allseitige Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Ernährungswesens nicht möglich ist. Wohl aber ist eine Milderung der jetzigen Zwangswirtschaft möglich. Vielleicht wird ein Weg durch die Organisation von Einkaufsgenossenschaften gefunden werden, die bei möglichst weitgehender freier Erzeugung der Lebensmittelverhältnisse gleichzeitig eine Erzeuger- und Verbraucher zufriedensetzende Preisregelung zu treffen hätten.

Wirtschaftliche Besprechungen

Stuttgart, 10. Jan. Wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, waren vorgestern und gestern im Landtagsgebäude Besprechungen des Reichswirtschaftsministers mit den Ministern von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen über wirtschaftliche Fragen. Der Reichswirtschaftsminister gab zunächst einen Überblick über die gesamte wirtschaftliche Lage. Danach der Grundgedanke ist der Minister der Ansicht, daß zunächst die Wirkung der eben in Kraft getretenen Preisverordnungen abgewartet werden müsse. In übertriebenen Befürchtungen liege trotz des Krieges der Lage kein Grund vor. Wenn die Preizänken nicht die erhoffte Wirkung hätten, würden rechtzeitig Maßnahmen getroffen, wobei in erster Linie die Ernährung der Nation und die Erhöhung des Ausmaßes, daneben aber auch in den nächsten Grenzen eine Steigerung der Einfuhr in Betracht komme. Nachdem der Minister die Lage in der Textilindustrie, die Notwendigkeit der Unterbindung der wilden Preissteigerungen und des Schleichhandels, die bedauerlichen Verhältnisse auf dem Güter- und Ledermarkt, die ein Eingreifen forderten, wenn auch eine Abhilfe zur Zwangswirtschaft nicht mehr möglich sei, besprochen hätte, führte er an Hand von Zahlen aus, daß die Klagen über den Mangel an Rohstoffen in der Kohlenlieferung nicht begründet seien. Die Klagen über mangelhafte Versorgung seien im ganzen Reich und auf den Ausfall des Saarreviers sowie die geringere Förderung in den verbliebenen Kohlengebieten zurückzuführen. Die Reichsregierung werde diesen Fragen volle Aufmerksamkeit zu durch eine archaische Regelung der Rohstoff- und Unterbringungsverhältnisse der Rohstoffe in den Veranlassungsbereichen. Schließlich besprach der Minister die Frage der Kohle- und Einfuhr, insbesondere des Ausverkehrs Deutschlands, dem durch Verhinderung der Ausfuhrüberwachung und Verdrängung durch Selbstverwaltungsorgane begegnet werden solle, sowie die Holzfrage. In der Ernährungslage wurde von den hiesigen Reichsregierungen die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Verwirklichung von Düngemitteln und eine gerechte Verteilung der Äcker und den Fehlbänden der Reichsregierungen gewünscht, was der Ver-

treter des Reichswirtschaftsministeriums in weitestem Maße zu berücksichtigen versprach. Für die Deraushebung des Preises für Fleischbier konnte sich der Minister nicht erwärmen, doch wird die Frage erneut geprüft. Bepfunden wurden auch die Prämien für die Rohstofflieferanten und die Verwendung von Gütern bei selbstwirtschaftenden kommunalen Verbänden zur Volksernährung. Bezüglich der Rohstoffförderung und -verteilung wurden von den hiesigen Reichsregierungen die Mittel zur Erhöhung dieser Förderung und die Wege für eine gleichmäßige Verteilung der Rohstoffe auf alle Gebiete des Reiches besprochen und eine Zustellung der Landesbrandhofmeister bei der Verteilung der Industrie- und Hausbrandstoffe verlangt, ebenso eine Prüfung des Rohstoffverkehrs, die durch ihr händliches Steigen die hiesige Industrie in unerträglichem Maße belaste. In Anbetracht der Wichtigkeit der Versorgungslage wurde die Wiederherstellung der Versorgungslage von 10 bis 14 Tagen erhöht und gefordert, daß der Personenverkehr an Sonntagen im ganzen Reich eingestellt wird.

Die Auslieferungsdilemma

Mz. London, 10. Jan. Daily Mail teilt mit: Man hat gestern in diplomatischen Kreisen vernommen, daß die Bitte der hiesigen Deutschen beträchtlich verkleinert worden ist. Von 1200 Namen, die zuerst auf der Liste standen, verblieben nur noch 300, darunter der deutsche Kronprinz und Prinz Rupprecht von Bayern.

Eine englische Anerkennung

Amsterdam, 10. Jan. Die englischen Wälder melden: In London fand eine Sitzung der deutschen Industriellen statt, bei der festgestellt wurde, wie eilig die Deutschen die wirtschaftlichen Methoden erlernt und angewandt haben. Die deutschen chemischen Werke hätten beinahe den gesamten Rohstoffbedarf an Deutschland decken. Großbritanniens, die Schweiz und Amerika, sogar Frankreich machen alle Anstrengungen, um nicht nur den eigenen Bedarf für die chemische Industrie zu decken, sondern um sich auch einen einträglichen Ausfuhrhandel zu schaffen.

Englische Getreidepreise am dem Kriege

London, 10. Jan. Aus amtlichen Kreisen geht hervor, daß vom 1. August 1914 bis 11. November 1918 über 8 Millionen Mann in das englische Heer eingezogen wurden. Von den Verbunden über nur 100.000 Mann. Die übrigen Staaten stellten insgesamt etwa 3 Millionen Mann auf. Die Engländer hatten 651.117 Tote, 1.450.000 Verwundete und Gefangene und 2.077.442 Vermisste.

Die einzelstaatlichen Gesundheitsämter

Stuttgart, 10. Jan. Bei der Zusammenkunft von Ministern der süddeutschen Staaten einigte man sich darauf, die Gesundheitsämter in Berlin beizubehalten und sie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus zu erweitern. Ob auch in München wieder Gesundheitsämter errichtet werden, hängt von der Entwicklung ab.

Mz. Essen, 9. Jan. Die Frage der Einführung eines Gesundheitsamtes in Essen wurde am 7. Jan. mit dem Reichswirtschaftsminister eingehend besprochen. Es steht zu erwarten, am 1. April in Essen zunächst eine Gesundheitsamtsstelle einzurichten und später, trübend am 1. Okt. ein Volksamt zu errichten. Wie wir hören, ist auch von Dortmund ein Volksamt in Aussicht genommen.

Mz. Berlin, 9. Jan. Heute Vormittag sollten die im Verlaufe der Streiktagen der Versicherungsangehörigen im Reichsland deutscher Ingenieure in der Sommerstraße vor dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Ingenieurs Adenauer zur Verhandlung gebracht werden. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes Dr. Rohlfes erklärte aber, daß der Schlichtungsausschuß zu dieser Frage nach seiner Ansicht nicht zuständig sei und lehnte die Beteiligung an den Verhandlungen ab. Trotzdem dauern die Bemühungen fort, eine Einigung herbeizuführen.

Saloniki, 10. Jan. Ein Telegramm aus Sofia belagt, daß bulgarische Streikende die Eisenbahnbrücke zwischen Sofia und Warna in die Luft sprengten. Keltische Entschlüsse wurden an anderen Punkten vorgenommen. Beteiligte Personen wurden verhaftet. Hier der Beteiligten wurden erschossen.

Essen, 7. Jan. In der Kruppischen Fabrik verließen heute Vormittag etwa 500—600 Arbeiter verschiedener Betriebe ihre Arbeitsstätte und versammelten sich vor dem Hauptverwaltungsgebäude, um wegen eines in den Kruppischen Mitteilungen erschienenen Aufrufes vom 1. Januar Gang über Kultur und Volkswirtschaft, in welchem der Verfasser dargelegt hatte, daß eine leistungsfähige Wirtschaft die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der kulturellen Güter sei, zu demonstrieren. In Verhandlungen mit einer Abordnung der Demonstranten wurde, der hiesigen Volkspartei zufolge, von Mitgliedern des Direktoriums der Firma Krupp erklärt, daß der erwähnte rein wirtschaftliche Artikel in seiner Weise gegen die politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse gerichtet sei und daß wie bisher, so auch in Zukunft keine Mittel politischen Charakters in den Kruppischen Mitteilungen veröffentlicht werden sollten. Daraufhin begaben sich die Demonstranten wieder an ihre Arbeitsstätte zurück. Während der Verhandlungen kam es aber zu Auseinandersetzungen gegen ein Kommando der Sicherheitskräfte, deren Mannschaften die Gewehre abgenommen und unter den Befehlshabern der Menge zertrümmert wurden. Als Anführer des ganzen Auftritts wurden der Redakteur des unabhängigen Ruhr-Rheins, Dr. Stern, und der unabhängige Parteisekretär Panzer festgenommen.

Dz. Berlin, 9. Jan. Gestern Abend drang eine meiß aus Halle anhaltenden bestehende Menge in die Konditorei Wäghner in der Brunnenstraße 1 und bemächtigte sich der dort vorhandenen Vorräte. Unter dem Ruf: „Nieder mit Roset!“ zog sie darauf weiter und verfluchte verschiedene Straßenbahnwagen anzuhalten. In der Schönhauser Allee drang der Haufen in die Restaurantkantine der Brauerei Königsplatz ein, von wo er durch Sicherheitspolizei ohne Anwendung von Gewalt vertrieben wurde.

SLGear: Donnerstag, 22. Jan., Hotel Gasthaus Kimpf



Gegr.

1842



SPEDITION

INTERNATIONALE MÖBELTRANSPORTE

ohne Umladung nach allen Plätzen der Welt unter voller Garantie
Ueberseetransporte mit Spezialmöbelkoffern

LAGERUNG von Möbeln und Gütern jeder Art in Speziallager-
häusern von über 25000 Quadratmeter Lagerfläche
INCASSI ■ MASSENTRANSPORTE PER AUTO

SPEZIALITÄT:

VERSICHERUNGEN

gegen jedes Risiko

AUFRUHR, FEUER, DIEBSTAHL, EINBRUCH, TRANSPORT und LECKAGE, BESCHLAGNAHME etc.

Policen sofort-erhältlich!

Centrale: **Wiesbaden** Niederlassungen: **Cöln u. Mainz**

Nicolasstrasse 5

Filiale: Kaiser-Friedr.-Platz 2, Reisebüro.

Telefon: 12 - 115 - 124 - 242 - 2376 - 6611.



Kontor-Kalender
einzeln und in größeren Partien abzugeben
Buchdruckerei Hermann Rauch
Friedrichstraße 35 und 36

SEILER

